

Alarmierende Zahl von Personalabgängen bei den PTT.

In Grossstädten ein zu tiefer Lohn

Bei den PTT-Betrieben herrscht eine alarmierende Personalsituation. Im Ersten Halbjahr 1987 haben beim „Gelben Riesen“ in einzelnen Personalkategorien mehr als 100 Prozent mehr Angestellte gekündigt als im Vorjahr. Um der nach gewerkschaftlicher Meinung „katastrophalen Situation“ Einhalt zu gebieten, fordern PPT und Personalverbände gemeinsam Lohnerhöhungen von 5 Prozent. Der Bundesrat ist daran, ein Massnahmenpaket auf dem Gebiet der Besoldung und der Ämterklassifikation auszuarbeiten.

Die PTT beschäftigen rund 59'000 Angestellte. 1986 betrug die Zahl der Abgänge 3005, 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon kündigten 982 PTT-Angestellte (34 Prozent mehr als im Vorjahr), um eine neue Stelle anzutreten. Im ersten Halbjahr 1987 nahm der Trend stark zu: 630 PTT-Angestellte wechselten zu einem anderen Arbeitgeber, 28 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1986.

Besonders alarmierend ist die Lage bei den Computerfachleuten: Im ersten Halbjahr 1987 verzeichneten die PTT 150 Prozent mehr Abgänge als im Vorjahr. Bei den Fernmeldespezialisten nahmen die Abgänge um 100 Prozent zu und beim Schalterpersonal um 80 Prozent. Nach Angaben von PTT-Sprecher Alfred Bissegger bestehen vor allem in den Grossagglomerationen Genf, Zürich, Basel und Bern beim Zustellpersonal grösste Rekrutierungsprobleme. Beim Auskunftsdienst sind gegenwärtig rund 100 TelefonistInnenstellen offen.

Kürzere Spiesse

„Weil wir auf dem Arbeitsmarkt bezüglich Lohn gegenüber der Privatindustrie kürzere Spiesse haben, operieren wir mit den Gewerkschaften deckungsgleich“, sagte Bissegger gegenüber der SDA. PTT und Personalverbände fordern von Bundesrat und Parlament Reallohnerhöhungen, eine neue Ämterklassifikation und eine Neuregelung der Ortszulage. Das „Wunschpaket“ (Bissegger) sollte dem Personal eine Einkommensverbesserung von fünf Prozent bringen und würde die PTT-Kasse um jährlich 150 Millionen Franken belasten.

Von diesen Lohnverbesserungen würden auch die 42'000 Bundes- und 38'000 SBB-Angestellten profitieren. Der Bundesrat beriet am letzten Mittwoch eine entsprechende Botschaft, verschob den Entscheid jedoch, weil die Rechtsgrundlage für eine Neuregelung der Ortszulage juristisch umstritten ist.

Minimalforderung

Nach Meinung des Gewerkschaftssekretärs der PIT-Union, Walter Liniger, stellt das 5-Prozent-Paket eine Minimalforderung dar. Liniger: „Die Personalsituation ist schlimm; weil zu viele Aushilfen tätig sind, leidet auch die Dienstleistung“. Auch der Verband der Gewerkschaften des christlichen Verkehrs- und Staatspersonals (VGCV) fordert gezielte und wirkungsvolle Besoldungsmassnahmen, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Platzunion des Eidg. Personals Zürich, die 10'000 Bundesbedienstete vertritt, beauftragte am letzten Wochenende seinen Vorstand, Möglichkeiten von Aktionen abzuklären, falls der Bund auf Massnahmen verzichtet. Besonders gravierend ist der Personalmangel in Zürich beim uniformierten Postpersonal. Allein in den beiden Zentren Sihlpost und Mülligen können bis Ende 1987 rund 21'000 Ruhe- und Ferientage nicht bezogen werden.

Sondermassnahmen in Genf

Nach einer Protestdemonstration von mehr als 1000 Genfer PTT-Angestellten vom 12. Februar dieses Jahres hatte der Bundesrat am 24. Juni Sondermassnahmen für die Bundesbediensteten in der Rhône-Stadt beschlossen. Sie erhalten seit 1. Juli eine jährliche Lohnzulage von 2000 Franken und wenn nötig einen Mietzinszuschuss. Diese Sondermassnahmen belasten die Bundeskasse jährlich mit rund 13 Millionen Franken.

SoAZ, 9.9.1987.

PTT-Union > PTT. Kündigungen. SoAZ, 1987-09-09